

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur  
J. L. Hübner  
Druck u. Verlag: Auer Druck-  
u. Verlagsanstalt m. b. H.  
Rosa, Erzgebirge.  
Koblenz, Erzgebirge.  
Bernhard, Erzgebirge.

Abonnementspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.40 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.50 Mk., monatlich 3.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Belohnungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenseiten des Blattes oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf., Retikampettelle für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 50 Pf., sonst 200 Pf. Bei größeren Abzählungen entsprechend Rabatt. Anzeigenannahme die frühestens 24 Stunden vor dem Erscheinen der Zeitung im Druck zu erfolgen, nicht gelieferte Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder dem Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 126

Freitag, den 4. Juni 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Wie verlautet, hat die deutsche Regierung durch den Geschäftsträger in Paris die alliierten Kabinette um Bekanntgabe der Tagesordnung der Konferenz in Spa ersucht.

Deutschland übermittelte offiziell für die Konferenz in Spa den Antrag der Alliierten auf Besprechung über eine finanzielle Untersuchung des Versailler Vertrages.

Auch die englische Wiedergutmachungskommission hat eine Herabsetzung der Schadenersatzforderung an Deutschland einmündig abgelehnt.

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission in Spa hat sich nach ergebnislosem Verlauf der bisherigen Besprechungen auf unbestimmte Zeit vertagt.

In diesen amerikanischen Städten finden infolge der Bewegung gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten deutschen Gebiet Massenproteste statt. Die Erbitterung ist am stärksten in deutsch-amerikanischen und katholischen Kreisen.

## Staatsbetrieb und Privatwirtschaft

Die Sächsische Industrie, das Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, nimmt in einem längeren Aufsatz zu den Vätern Stellung, die der Ministerialdirektor im sächsischen Finanzministerium, Geheimrat Just, hinsichtlich der Einführung kaufmännischer Grundzüge in die Verwaltung der Staatsbetriebe entwickelt hat. Er hofft auf eine bessere Rentabilität der Staatsbetriebe, wenn auch in Staatsunternehmungen die leitenden Beamten auf Privatvertrag und Gewinnbeteiligung angestellt werden, die Buchführung nach kaufmännischem Muster eingerichtet und ein Ausschuss nach Art der bei Aktiengesellschaften bestehenden Aufsichtsräte eingerichtet wird. Zu diesen Wünschen bemerkt die Sächsische Industrie, das Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller in ihrer Nummer 34 vom 22. Mai 1920:

Es ist zweifellos, daß diese Anschauungen sehr gesund sind. Sie bauen sich auf aus der Erkenntnis, daß die reine Staatsverwaltung niemals in der Lage sein wird, das zu leisten, was der Privatbetrieb leisten kann. Auch der Einzug kaufmännischen Geistes in die Staatsverwaltung, von dem in früheren Jahren soviel die Rede gewesen ist, hat sich ja als ein unerfüllbarer Wunsch erwiesen. Es bleibt zunächst abzuwarten, ob die von dem Verfasser der erwähnten Aufsätze gegebene Hoffnung in Erfüllung geht, daß die nach kaufmännischen und privatwirtschaftlichen Grundzügen in einigen Punkten geänderte Verwaltung der Staatsbetriebe bessere Ergebnisse zeitigt. Man braucht diese Hoffnung nicht allzu hoch zu spannen, denn es ist wissenschaftlich längst erwiesen, daß der Privatbetrieb immer der Überlegene sein wird. Aber es ist jedenfalls das Zustandekommen schon interessant, daß man zu den Grundzügen zurückkehren muß, nach denen die Privatbetriebe geleitet werden, um überhaupt eine einigermaßen rentable Leistung der Staatsbetriebe zu erreichen. Wir haben übrigens keine allzu große Hoffnung, daß diese Anpassung der Staatsbetriebe an die Grundzüge der Privatwirtschaft in großem Umfang geschehen wird, denn die heute für die Staatsbetriebe maßgebende sozialistische Wirtschaftsauffassung lehnt ja die Grundzüge der Privatwirtschaft als ausbeuterisch ab, und es ist klar, daß die Einführung kaufmännischer Buchführungsgrundzüge die Anstellung von Beamten und Angestellten auf Privatvertrag und die Einrichtung von Aufsichtsräten noch nicht den Erfolg der Privatindustrie verbürgen, namentlich wenn in ihre Tätigkeit das Parlament aus politischen Gründen hineinredet und damit die Freiheit der Entscheidung, die Anpassung an besondere Verhältnisse hemmt. Gegen diese Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht der Privatunternehmer richtet sich nun schon seit nahezu zwei Jahren die Gesehgebung der Revolution in einer Flut von Gesetzen und Verordnungen. Daß man sie dem Staatsbetrieb zugeschieben wird, ist höchst zweifelhaft; geschieht es nicht, so werden auch die vorgenommenen Veränderungen in der kaufmännischen Anpassung der Betriebsführung der Staatsunternehmungen an die Grundzüge der Privatbetriebe die erhoffte Rentabilität nicht bringen. Würde es aber geschehen, dann ist man versucht, die Frage zu stellen, weshalb man in so umfangreichem Maße Betriebe in Staatseigentum überführt, wenn man sie nachher doch nicht anders verwalten kann als der private Unternehmer, wohl aber wichtige Zweige der Wirtschaft in Abhängigkeit von nach Tagesmeinungen sich orientierenden Parlamenten bringt. Es wird von Interesse sein, abzuwarten, inwiefern es den Staatsbetrieben möglich sein wird, sich aus dieser die Rentabilität auf jeden Fall schwer beeinträchtigenden Abhängigkeit zu lösen. Post und Eisenbahn, diese vollkommen sozialisierten Betriebe, bieten ein schönes Beispiel, wozu Staatsbetriebe kommen, wenn sie nach sozialistischen Grundzügen verwaltet werden. Denn die Eisenbahn hat ja wie kürzlich in der Dresdner Volkszeitung dargestellt wurde, ihre früheren Überschüsse nur erzielen können, weil sie die Arbeitskraft ihrer Arbeiter und Angestellten ausbeutete habe. Das neue Regime tut da-

man zwar nicht mehr, hat aber dafür die schöne Aussicht eines Defizits von 12 Milliarden, für das man keine Deckung sieht. Nach einer Neuherausgabe des Reichsfinanzministers wird die Regierung bei Fortdauer der Defizitwirtschaft gezwungen sein, die Staatsbetriebe ausländischen Kapitalgeoffensschaften zu übertragen, um weitere Auslandskredite zu erhalten. Diese Genossenschaften werden sich gewiß nicht beugen, unsere sozialistische Wirtschaft in den Staatsbetrieben noch weiter auszubauen. Jrgend etwas kann wohl an dieser Lage nicht stimmen, das eine scheint aber klar: Sozialismus und Betriebsführung nach kaufmännischen Grundzügen sind zwei Anschauungen, die sich nicht vereinigen lassen. Das wird auch der sächsische Staat als Großunternehmer bald merken.

## Die Einberufung des Reichstags.

Wie wir erfahren, ist die Frage des Zusammentritts des Reichstages von folgenden Terminen der Reichswahlordnung abhängig: 6. Juni Wahltag. 9. Juni Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke beim Wahlkreisleiter. 10. Juni Sitzung der Kreiswahlausschüsse zur Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen. 11. Juni Eingang der Bestimmungen der Wahlkreise bei den Verbandswahlleitern und beim Reichswahlleiter. 12. Juni Sitzungen der Verbandswahlausschüsse zur Ermittlung der Wahl der auf Grund der Bestimmungen noch auf die Kreiswahlvorschläge entfallenden Abgeordneten. Mitteilung an die Kreiswahlleiter und Abgabe der Bestimmungen an den Reichswahlleiter. 13. Juni Sitzungen der Kreiswahlausschüsse zur Verteilung der Abgeordnetenliste auf die Wahlkreisvorschläge. Erklärung der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten für gewählt. Benachrichtigung der Gewählten. Gleichzeitig Eingang der Bestimmungen der Wahlkreisverbände beim Reichswahlleiter. 14. Juni Sitzung des Reichswahlausschusses zur Feststellung der Wahl der auf die Reichswahlvorschläge entfallenden Abgeordnetenliste. Erklärung der entsprechenden Zahl von Abgeordneten für gewählt. Benachrichtigung der Gewählten. 15. Juni Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Kreiswahlvorschläge Gewählten über die Wahl. 16. Juni Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Reichsliste Gewählten über die Wahl. 22. Juni Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Reichsliste. Die Zusammenberufung des neuen Reichstages ist daher frühestens auf den 23. Juni möglich.

## Die deutsch-dänische Grenze.

Die Entscheidung des Obersten Rates. Die nach längeren Verhandlungen im Obersten Rat in Paris festgesetzte Grenze zwischen Deutschland und Dänemark verläuft ungefähr wie die Clausenlinie mit einigen Abweichungen zuungunsten Deutschlands. Das ganze Werk Kupfer in Höhe bleibt zwar bei Deutschland; dafür aber sind Abweichungen zu unseren Ungunsten bei Krusau, bei Pattburg, dessen ganzer Bahnhof Dänemark zuzählt, und nördlich Wbenstoft bis nach Sietzpost vorgenommen. Allen Wahlberechtigten in der zweiten Zone ist nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ein Optionsrecht für Dänemark eingeräumt. Neu ist dagegen eine Bestimmung, daß Dänemark nicht nur den deutschen Staatsbesitz, sondern auch den Provinzialbesitz der Provinz Schleswig-Holstein und den Privatbesitz aller deutschen Mitglieder des früheren Schleswig-Holsteinischen Herzogshauses erwerben soll. Alle Kauf-, Miet- und Pachtverträge, die in Bezug auf Staats- oder Provinzialgüter nach dem Waffenstillstand abgeschlossen worden sind, sollen null und nichtig sein, wenn nicht Dänemark zustimmt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten usw. soll eine Kommission eingesetzt werden, bestehend aus einem Deutschen, einem Dänen und einem Vertreter der alliierten Hauptmächte, die mit Stimmenmehrheit entscheidet. Des weiteren steht der Entwurf die Einrichtung eines Schlichtungsausschusses vor. Deutschland ist aufgefordert worden, sich binnen 10 Tagen über den Vertragsentwurf zu äußern. Offizielle Mitteilungen über die Grenzlinie werden erst dann erfolgen, wenn zwischen den alliierten Mächten ein Vertrag über die Abtretung geschlossen ist, dessen Wortlaut ebenfalls der deutschen Regierung übergeben wurde. Die Alliierten haben sich also in Paris dahin entschieden, Deutschland die Clausenlinie aufzuzwingen, während die Tieflinie, die die Frage der Rationalitätsverteilung verständiger und verständlicher gelöst haben würde, keinen Anklang gefunden hat. Wir haben ja bei der im Obersten Rat herrschenden Stimmung allerdings kaum auf ein Durchdringen des deutschen Standpunktes in dieser Frage hoffen können, und müssen eigentlich, zumal wenn man die lebhaft dänische Agitation bedenkt, welche in letzter Zeit für eine Internationalisierung der zweiten Zone betrieben worden ist, die Pariser Entscheidung als einen Erfolg der deutschen Diplomatie wachen, weil sie nicht ganz so ungünstig ausgefallen ist, wie es hätte geschehen können und wie man nach dem Feldzug des Tempis und der Ministerarbeit der französischen Diplomatie, die Hand in Hand mit den dänischen Chauvinisten ging, in Deutschland beargwünzte.

## Sachverständigenkonferenz über die Wirtschaftskrise.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium hatte zu gestern eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Aussprache über die infolge der Salutabesserung eingetretene Geschäftssituation und die dadurch geschaffene Wirtschaftslage, Erörterung der zur Überwindung der Krise zu ergreifenden Maßnahmen und Aussprache über die Erhebung der Wusfuhrabgaben. Zu dieser Konferenz waren über hundert Sachverständige aus Kreisen der Industrie und der Arbeitnehmer geladen. Reichswirtschaftsminister Schmidt gab eine ausführliche Darstellung der Wirtschaftslage, wie sie sich seit Beendigung des Kriegszustandes unter fortwährenden Schwankungen herausgebildet hat, und sprach die Hoffnung aus, daß die jetzige Krise, trotz aller ihren schweren Depressionsercheinungen, zur Behinderung der Wirtschaft beitragen wird. Er wies u. a. darauf hin, daß die Steigung der Galuta besonders auf die Verstopfung des Loches im Westen, das Hinangehen industrieller Werte ins Ausland, das Unterbringen von Obligationen im Ausland und das Zurückziehen von Kapitalen nach dem Inlande zurückzuführen sei. Die Exportfähigkeit der Industrie sei zurzeit sehr ungünstig, da die steigende Tendenz der Preise zu einer Zurückhaltung der Käufer geführt habe. Er könne dies aber im ganzen nicht als Verderben ansehen, denn wir müßten einmal wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren. Ferner wies der Reichswirtschaftsminister auf die hohen Gewinne hin, die in der Hochkonjunktur gemacht worden seien und die in der jetzigen Zeit zur Verfügung gestellt werden müßten. Es sei, um eine Besserung der jetzigen Wirtschaftslage herbeizuführen und die Krise zu mildern, ein Rückgang der Preise im Interesse der Volkswirtschaft notwendig, selbst wenn der Preisrückgang mit einer Erschwerung des Absatzes und einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit verbunden sei. Der Reichsminister sprach die Hoffnung aus, daß wir auch durch diese Krise wieder zu einer Behinderung der Verhältnisse kommen würden. Die bestehenden Exportabgaben könnten von einzelnen Industrien in der jetzigen Höhe nicht geleistet werden. Es müßte eine eingehende Prüfung auf Grund von Konsultationen stattfinden, in welcher Weise eine Herabsetzung der Wusfuhrabgaben möglich sei; ein gänzlicher Fortfall läme keinesfalls in Betracht. — In die Rede des Reichsministers schloß sich eine längere Aussprache, die sich viele Stunden hinzog.

## Verstärkung der Wirtschaftskrise in Sachsen.

Die Industriekrise in Sachsen verstärkt sich zusehends; namentlich wird die Metallindustrie in immer umfangreichem Maße davon betroffen. Neuerdings versuchen die Ausländer, weil sie glauben, daß Deutschland auf sie angewiesen sei, die Preise zu drücken und die Waren dadurch herauszulockern, daß sie zugleich mit der Bestellung die Bankkredite mit überben. Erfolg haben sie damit nur ausnahmeweise gehabt. Die Strohhutfabrikation liegt jetzt fast darnieder, und man rechnet für die nächste Zeit mit größeren Arbeiterentlassungen. Wehlich steht es in der Badindustrie. Der Bedarf an Damentkonfektion hat sehr nachgelassen. Die Geschäfte haben gänzlich still. Die Schuhgeschäfte haben die Preise stark herabgesetzt, aber auch jetzt stellen sich nur wenig Käufer ein, da noch mit weiteren Ermäßigungen gerechnet wird. Aus der Textilindustrie kommen bedenkliche Nachrichten. Ebenso liegt es in den großen Buchbindereien, da die Löhne für Beamte und Arbeiter und die hohen Spesen nicht mehr abgedeckt werden können.

## Die Vereinfachung des Güterverkehrs.

Im Reichsverkehrsministerium wurden vor kurzem in einer Konferenz Maßnahmen für eine Neuregelung der Leitung des gesamten deutschen Güterverkehrs getroffen. Ein Mitarbeiter des M. T. erhält darüber von zuständigen Stellen nachstehende Mitteilung: Es handelt sich vor allem darum, die jetzigen Leitungswege für den Güterverkehr zwischen Preußen und den übrigen Ländern mit Staatsbahnbahnbestrieblich günstiger und wirtschaftlich vorteilhafter zu gestalten. Der Verkehr zwischen diesen Ländern beruht bisher auf einem System, nach dem für die Leitung nicht in allen Fällen der kürzeste Weg maßgebend war, sondern besondere Regierungserwägungen, ohne Rücksicht auf eventuell nicht unbedeutliche Umwege. Dieser Zustand soll jedoch jetzt nach der Vereinfachung der Bahnen beseitigt werden. In erster Linie soll der schnelle Wagenumlauf maßgebend sein, d. h. bei der Auswahl des kürzesten Leitungsweges soll der Weg demut werden, der die Wagen am schnellsten ihrem Ziele zuführt und nach Möglichkeit Umstellungen vermeidet. Um dies zu erreichen, wird der Wagenladungsverkehr in der Weise zusammengebracht, daß aus den ankommenen Wagenladungen möglichst geschlossene Blöcke aus sehr weiter Entfernung, sogenannte Kerngüterzüge, bis man in großem Um-